

- 66 Steiner Silvia, Häusliche Gewalt. Erscheinungsformen, Ausmaß und polizeiliche Bewältigungsstrategien in der Stadt Zürich 1999-2001, Zürich/Chur 2004, S. 121 f.
- 67 Meyer Albert, Die Verbrechen in ihrem Zusammenhang mit den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen im Kanton Zürich, Jena 1895.
- 68 Zur Häuslichen Gewalt siehe umfassend Schwander Marianne, Das Opfer im Strafrecht. Aktuelles und potenzielles Opfer zwischen Recht, Psychologie und Politik, Bern 2010, S. 111 ff. mit weiterführenden Hinweisen.
- 69 Insbesondere Mirbach Thomas/Schaak Torsten/Triebl Katrin, Zwangsverheiratung in Deutschland. Anzahl und Analyse von Beratungsfällen, Opladen/Berlin/Farmington Hills 2011, S. 26. Siehe auch Ziff. VIII.
- 70 Hirsi-Ali Ayaan, Victims of Islam: Women, International Humanist and Ethical Union, Juni 2005, siehe <http://www.ih.eu.org/node/1534> (zuletzt eingesehen am 4.10.2012); Dies., Ich klage an. Plädoyer für die Befreiung der muslimischen Frau, München 2009.
- 71 Kelek Necla, Die fremde Braut. Ein Bericht aus dem Innern des türkischen Lebens in Deutschland, Köln 2005; Dies., Chaos der Kulturen. Die Debatte um Islam und Integration, Köln 2012.
- 72 Mirbach Thomas/Schaak Torsten/Triebl Katrin, Zwangsverheiratung in Deutschland. Anzahl und Analyse von Beratungsfällen, Opladen/Berlin/Farmington Hills 2011, S. 27, mit weiterführenden Hinweisen.
- 73 Mirbach Thomas/Schaak Torsten/Triebl Katrin, Zwangsverheiratung in Deutschland. Anzahl und Analyse von Beratungsfällen, Opladen/Berlin/Farmington Hills 2011, S. 28.
- 74 Mirbach Thomas/Schaak Torsten/Triebl Katrin, Zwangsverheiratung in Deutschland. Anzahl und Analyse von Beratungsfällen, Opladen/Berlin/Farmington Hills 2011, S. 28.
- 75 Insgesamt Deutscher Bundestag Drucksache 17/4401, 17. Wahlperiode, 13.01.2011 Gesetzesentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Zwangsverheiratung und zum besseren Schutz der Opfer von Zwangsverheiratung sowie zur Änderung weiterer aufenthalts- und asylrechtlicher Vorschriften, S. 2.
- 76 BGBl. Nr. 33 vom 30.06.2011, S. 1266.
- 77 § 237 Strafgesetzbuch Deutschland.
- 78 Insbesondere Terres des Femmes/Myria Böhmecke (Hrsg.), Im Namen der Ehre. Misshandelt. Zwangsverheiratet. Ermordet. Hilfsleitfaden für die Arbeit mit von Zwangsverheiratung/Gewalt im Namen der Ehre bedrohten und betroffenen Mädchen und Frauen, Tübingen 2007, S. 44 f.
- 79 § 37 (2) Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz – AufenthG).
- 80 § 1317 (1) Bürgerliches Gesetzbuch (BGB).
- 81 § 8 (3) Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz – AufenthG).
- 82 § 88a Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Aufenthaltsgesetz – AufenthG).
- 83 Art. 1 ZWHeiratBekG Änderung des Aufenthaltsgesetzes mit Hinweis auf § 61 Abs. 1 Satz 3.

Paradoxien der Kriminalitätsfurcht

Welchen Stellenwert haben Kriminalitätsrisiken, Medienberichterstattung und generalisierte Ängste für die Veränderungen des lokalen Sicherheitsgefühls in der Bevölkerung?

Karl-Heinz Reuband

I. Einleitung

Die jüngst veröffentlichten Zahlen des Bundeskriminalamtes für 2011 zeigen: Düsseldorf ist unter den deutschen Großstädten in der Kriminalitätsbelastung inzwischen auf Platz 2 aufgerückt. An erster Stelle steht nach wie vor Frankfurt mit 16.137 Delikten pro 100.000 Einwohner, gefolgt von Düsseldorf mit 15.130 und Köln mit 14.838. Dass Düsseldorf einen der Spitzenplätze in der Kriminalstatistik einnimmt, ist nicht neu: in den Jahren zuvor war Düsseldorf schon wiederholt an 3. oder 4. Stelle der unsicheren Städte platziert gewesen. Und wenn man den Zeitverlauf der letzten 20 Jahre betrachtet, kann man erkennen, dass die Stadt seit längerem – wenn auch nicht immer geradlinig – einen Anstieg in der Kriminalitätsbelastung durchlief. Demgegenüber stagnierten oder sanken die entsprechenden Zahlen auf bundesweiter Ebene (Bundeskriminalamt 1990ff.).

Die Spitzenpositionierung von Düsseldorf gilt nicht für alle Delikte. Im Hinblick auf die Delikte, die mit Gewalt verbunden sind

und in der Bevölkerung als besonders bedrohlich angesehen werden, liegt Düsseldorf eher im oberen Mittelfeld. In Bezug auf Körperverletzung waren im Jahr 2010 Frankfurt oder Freiburg z.B. weitaus stärker belastet. Und im Fall der Raubdelikte auf Straßen, Wegen und Plätzen waren es Hamburg und Dortmund. Gleichwohl, was aus der Perspektive der Entwicklung hier von besonderem Interesse ist: in Düsseldorf sind auch die Delikte vom längerfristigen Anstieg betroffen, die mit Gewalt und Gewaltandrohung verbunden sind und die Bürger besonders beunruhigen.

So stieg die Häufigkeitszahl für „gefährliche und schwere Körperverletzung“ von 197 im Jahr 1998 auf 234 im Jahr 2004 und erreichte 2009 den Wert 254. Dies entspricht einem Anstieg von nahezu 30 %. Einen eher gebremsten Anstieg kennzeichnet die Entwicklung der Häufigkeitszahl für „Raubüberfälle auf Straßen, Wegen oder Plätzen“. Diese stieg von 83 im Jahr 1998 auf 112 im Jahr 2006. Seitdem ist sie wieder leicht gesunken und lag 2009 mit einem Wert

von 81 praktisch auf dem gleichen Niveau wie 1998. Im Gegensatz zu diesen Delikten nahm die Häufigkeitszahl für Einbruch in Wohnungen bis vor kurzem kontinuierlich ab: von 530 im Jahr 1998 auf 384 im Jahr 2004 und schließlich auf 285 im Jahr 2007. Das entspricht nahezu einer Halbierung der Ausgangszahlen. Seit 2007 jedoch ist wieder ein Anstieg zu verzeichnen, 2009 belief sich die entsprechende Zahl auf 386 – was einem Zuwachs von rund einem Drittel entspricht.

Was bedeutet diese Entwicklung für das Kriminalitätserleben und damit auch für die Lebensqualität der Bürger? Spiegelt sich die überproportional hohe Kriminalitätsbelastung in einer ausgeprägten Kriminalitätsfurcht wider, leben viele in Angst und Schrecken und sind in ihrer Lebensführung massiv beeinträchtigt? Und ist die Furcht in all den Jahren, in denen die polizeiliche Kriminalstatistik hohe Zuwachsraten dokumentierte, parallel dazu gestiegen? Die Frage ist mehr als nur von lokalem Interesse, an ihr kann allgemein das Verhältnis von objektiver Bedrohung und Risiken auf

der einen Seite und subjektivem Erleben auf der anderen Seite näher diskutiert werden. Wir können dieser Frage erfreulicherweise auf breiter empirischer Basis nachgehen, weil wir für Düsseldorf – im Gegensatz zu anderen Städten – über eine Befragungsbasis verfügen, die Langzeitvergleiche erlaubt.

Die Umfragen, die dem folgenden Beitrag zugrunde liegen, wurden vom Institut für Sozialwissenschaften der Universität Düsseldorf seit 1998 durchgeführt.¹ Es handelt sich um Mehrthemenbefragungen, Fragen zum Kriminalitätserleben waren jeweils ein fester Bestandteil. Befragt wurden pro Erhebung in der Regel rund 1000 Personen. Die Durchführung erfolgte postalisch in Anlehnung an Don Dillman's „Total“ bzw. „Tailored Design Method“ und deutsche Erfahrungen; die Ausschöpfungsquoten lagen zwischen 51% und 65% (vgl. auch Reuband 2008b).

In einem ersten Schritt der Analyse soll zunächst die Frage des Verhältnisses von „objektiver“ Kriminalität und subjektiver Kriminalitätsbedrohung aufgegriffen werden: Wie stellt sich die Entwicklung der Kriminalitätsfurcht vor dem Hintergrund der Kriminalitätsentwicklung dar, und wie ist sie durch das eigene und das medial vermittelte Erleben von Kriminalität geprägt? In einem zweiten Schritt soll untersucht werden, welchen Stellenwert generalisierte Ängste und soziale Sorgen haben. Ihnen ist in neuerer Zeit in der kriminologischen Literatur ein hoher Erklärungswert zugeschrieben worden. Danach sind es die psychosozialen Lebenslagen, die das subjektive Bedrohtheitsgefühl maßgeblich bestimmen. Folglich erwachsen Änderungen der Kriminalitätsfurcht maßgeblich aus Änderungen in den subjektiv erfahrenen gesellschaftlichen Lebensbedingungen und psychosozialen Befindlichkeiten (vgl. u.a. Reuband 1992c, Sessar 1997, Hirtenlehner 2006, Farral et al. 2009, Hirtenlehner und Farall 2012).

II. Entwicklung der Kriminalitätsfurcht

Um das Ausmaß an Kriminalitätsfurcht zu ermitteln, wird in der kriminologischen Forschung am häufigsten auf den sog. „Standardindikator“ zurückgegriffen, der sich auf das Gefühl von Sicherheit in der eigenen Wohngegend bezieht: „Wie sicher fühlen Sie sich in Ihrer Wohngegend, wenn Sie abends bei Dunkelheit allein auf die Straße gehen?“ Die Frage ist methodisch gesehen nicht unproblematisch, hat sich jedoch als ein Indikator zur Messung des Sicherheitsgefühls

bewährt (Reuband 2000a). Auf diese Frage hin antworteten 1998 32% der Düsseldorfer Befragten, dass sie sich „ziemlich“ oder „sehr unsicher“ fühlten, inzwischen sind es nur noch 20%. Die Kriminalitätsfurcht ist gesunken (Tabelle 1).

Nun könnte man allerdings argumentieren, dass die eigene Wohnumgebung eine ist, mit der man vertraut ist und bei der man weiß, dass manches, was bedrohlich wirkt, gar nicht bedrohlich ist. Insofern könnten sich hier in atypischer Weise Gefühle der Sicherheit einstellen. Bei anderen Gelegenheiten – etwa bei der Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs am Abend – könnte sich die Situation subjektiv ganz anders darstellen. Dies ist in der Tat der Fall. So gaben im Jahr 2009 unter denen, die den öffentlichen Nahverkehr abends nutzen (rund drei Viertel der Befragten), 42% an, sich gewöhnlich „sehr“ oder „ziemlich unsicher“ zu fühlen, wenn sie „spät abends Straßenbahn, S- oder U-Bahn fahren“.² Da in der Mehrzahl der Fälle dies nur eine leichte Beunruhigung bedeutet (die meisten wählen die Kategorie „ziemlich“ unsicher), hält sich die Furcht freilich in Grenzen.

Zudem muss man diesen Wert auch in Relation zu außergewöhnlichen Ereignissen stellen, die der Umfrage unmittelbar vorangegangen waren. So war es kurz zuvor in München zu einem spektakulären Tötungsdelikt auf einer S-Bahn Station gekommen (der Fall „Dominik Brunner“).³ Ein Mann war bedrohten Kindern zur Hilfe gekommen und von den jugendlichen Tätern derart brutal misshandelt worden, dass er an den Folgen starb. Dieses Ereignis beherrschte tagelang die Massenmedien und war für sie seinerzeit oft Anlass, über ähnliche oder vergleichbare, aktuelle Fälle von Bedrohungen im öffentlichen Nahverkehr zu berichten. Angesichts dieser medialen Fokussierung auf Gewaltdelikte im öffentlichen Nahverkehr hätte man eine weit verbreitete Furcht der Bürger in Bezug auf die abendliche Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs erwarten können.

Leider ist es nicht möglich, für die Frage des Bedrohungsgefühls im öffentlichen Nahverkehr eine Zeitreihe zu erstellen, da die Frage erst 2009 in der Düsseldorfer Befragungsserie eingebracht wurde.⁴ Aber man kann auf eine Reihe anderer Fragen zurückgreifen,

Tabelle 1: Subjektive Sicherheit abends in der Wohngegend im Zeitverlauf (in %)

	1998	2000	2004	2007	2009
Sehr sicher	11	10	15	18	20
Ziemlich sicher	57	63	58	61	60
Ziemlich unsicher	26	23	22	17	17
Sehr unsicher	6	5	5	4	3
(N=)	100 (1076)	100 (1102)	100 (1044)	100 (716)	100 (1107)

Frageformulierung: „Wie sicher fühlen Sie sich in Ihrer Wohngegend, wenn Sie abends bei Dunkelheit allein auf die Straße gehen?“. Die Antwortkategorien lauteten wie oben aufgeführt.

Tabelle 2: Anteil von Personen, die sich sorgen, Opfer eines kriminellen Deliktes zu werden – differenziert nach Deliktart im Zeitverlauf (Mehrfachangaben, „sehr stark“/„stark“ in %)

	1998	2000	2004	2007	2009
Unsicherheit auf der Straße	38	37	35	23	22
Überfall	35	28	30	21	21
Einbruch	*	28	23	20	19
Zunahme der Kriminalität**	66	55	49	40	36

* nicht erhoben

** 1998 und 2000: „in Deutschland“, ab 2004: „in Düsseldorf“

Frageformulierung: „Was bereitet Ihnen zur Zeit persönlich Sorgen? Was bedrückt Sie, wenn Sie an Ihre Zukunft denken? Geben Sie bitte anhand der Skala an, wie sehr die jeweilige Aussage zutrifft ... Ich mache mir Sorgen, dass ich mich abends allein nicht mehr auf die Straße trauen kann; ... ich überfallen werde; ... in meine Wohnung eingebrochen wird; ... die Kriminalität in Deutschland [ab 2004: „in Düsseldorf“] immer mehr zunimmt.“

Antwortkategorien: „Sehr stark, Stark, Mittel, Wenig, Überhaupt nicht.“ [Hier: Prozentsatz für „Sehr stark, Stark“]

die allgemein gehalten sind und keinen spezifischen Ortsbezug aufweisen. Auch sie dokumentieren, dass die Kriminalitätsfurcht⁵ der Bürger nicht nur auf einem relativ niedrigen Niveau liegt, sondern auch zurückgegangen ist: Gefragt, wie sehr sie beunruhigt seien, Opfer eines Überfalls zu werden, gaben im Jahr 1998 35 % der Befragten an, sie würden sich „sehr stark“ oder „stark“ sorgen. Im Jahr 2007 ist der Anteil auf 21 % gesunken und ist seitdem stabil (Tabelle 2).

Vergleichbare Abwärtstrends finden sich bei den anderen Fragen zur Kriminalitätsfurcht, nur mit etwas anderer jahresbezogener Akzentuierung – etwa zur Sorge, abends nicht mehr allein auf die Straße gehen zu können (Rückgang längerfristig von 38 % auf 22 %), oder Opfer eines Einbruchs zu werden (Rückgang von 28 % im Jahr 2000 auf 19 %). Am eindrucksvollsten tritt der Wandel zutage bei der sozialen – gesellschaftsbezogenen – Sorge, dass die Kriminalität in Deutschland bzw. Düsseldorf immer mehr zunimmt. Äußerten 1998 noch zwei Drittel der Befragten diese Meinung, ist es in der jüngsten Erhebung nur noch rund ein Drittel.

Gliedert man die Befunde nach den Merkmalen Geschlecht und Alter auf, lässt sich zeigen, dass der Trend nicht auf einzelne soziodemographische Subgruppen beschränkt ist. Männer reduzieren ihre Furcht im Zeitverlauf ebenso wie Frauen und die Älteren ebenso wie die Jüngeren. So ist z.B. die Sorge, dass man sich nicht mehr sicher auf die Straße begeben könnte, in der Zeit zwischen 1998 bis 2009 bei den Männern von 30 % auf 12 % gesunken, bei den Frauen von 50 % auf 29 %. Ähnlich die Verhältnisse bei den anderen Indikatoren für Furcht.⁶

Angesichts der rückläufigen Zahlen, die sich bei *allen* Fragen zur Kriminalitätsfurcht

nachweisen lassen, verwundert nicht, dass die Zufriedenheit mit dem Schutz der Bürger vor Kriminalität gestiegen ist. Zwar gilt nach wie vor, dass sich ein großer Teil der Befragten in der Frage ambivalent gibt und das Ausmaß ihrer Zufriedenheit als „teils-teils“ einstuft. Aus der Perspektive des Langzeitwandels aber bedeutsamer ist die geänderte Relation zwischen Zufriedenheit und Unzufriedenheit: äußerten sich 1998 mehr Befragte unzufrieden als zufrieden, sind es inzwischen mehr Personen, die zufrieden als unzufrieden sind (Tabelle 3).

Gemessen an der Entwicklung der polizeilich registrierten Kriminalität ergibt sich unseren Befunden zufolge im Zeitvergleich also eine zunehmende Diskrepanz zwischen objektiver und subjektiver Bedrohung. Dies gilt selbst dort, wo dies zunächst nicht der Fall zu sein schien. So sank die Furcht vor Einbruch parallel zum Rückgang der Häufigkeitszahl für Einbrüche. Doch ist andererseits kein Zuwachs an Furcht in der Zeit zu erkennen, in der nach einer längeren Zeit des Rückgangs die Zahl der Einbrüche wieder stieg – der Zeit zwischen 2007 und 2009. Angesichts dessen wäre es vorschnell, aus der Parallelität der Entwicklungen, die sich in den frühen Jahren zeigte, einen kausalen Zusammenhang von Bedrohung und Furcht abzuleiten.

Die Diskrepanz der Entwicklungen wird noch augenfälliger, wenn man die Sorgen um die Sicherheit auf den Straßen oder das Risiko eines Überfalls mit der Entwicklung der jeweiligen Delikte in der polizeilichen Kriminalstatistik kontrastiert. Hier zeichnete sich bei der Körperverletzung ein Anstieg der Bedrohung ab. Und bei Raubdelikten gab es ihn zumindest bis zum Jahr 2004. Dennoch nahm die Furcht vor Überfall und

Bedroht-Werden auf der Straße seitens der Bürger im gesamten Zeitraum sukzessiv ab.

III. Viktimisierung

Die polizeiliche Kriminalstatistik unterliegt Gesetzmäßigkeiten, die dazu führen, dass die von ihr dokumentierten Entwicklungen sich mit der realen Kriminalitätsentwicklung nicht notwendigerweise decken müssen. Damit ist nicht gesagt, dass sie die Entwicklung der Kriminalität völlig falsch darstellen muss, in vielen Fällen – selbst bei Kontrolldelikten – kann es enge Zusammenhänge geben (Reuband 1994). Aber es steht ebenfalls außer Zweifel, dass noch andere Faktoren als die reine Kriminalitätsentwicklung Einfluss nehmen, und diese kriminalitätsfremden Faktoren bei manchen Delikten und Orten stärker ins Gewicht fallen als bei anderen.

So ist z.B. möglich, dass der Zuwachs in der Zahl der Fälle von Körperverletzung und Raub in Düsseldorf Folge einer gestiegenen Bereitschaft der Opfer zur Anzeige ist. Des Weiteren ist denkbar, dass der Zuwachs Folge einer gestiegenen Zahl auswärtiger Personen ist, die sich in Düsseldorf aufhalten (sei es als Berufspendler oder Besucher der Altstadt mit ihrer hohen Kneipendichte). Werden diese Personen Opfer, gehen sie in die polizeiliche Kriminalstatistik für Düsseldorf ein, der Nenner in der Berechnungsbasis aber – die Einwohnerzahl Düsseldorfs – bleibt gleich. Was bedeuten würde: es wird in der Statistik ein Anstieg der Bedrohung ausgewiesen, der realiter keiner ist.

Viktimisierungsuntersuchungen, in denen ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung zu erlebten Delikten gefragt wird, bieten gewöhnlich eine bessere Datengrundlage zur Messung des Kriminalitätsgeschehens als die polizeiliche Kriminalstatistik. In unseren Erhebungen stand die Frage der Viktimisierung allerdings nicht im Vordergrund, dementsprechend wurden dazu auch keine umfangreichen und differenzierten Fragebatterien eingesetzt. Stattdessen haben wir mit einer Frage – relativ global – die eigene Viktimisierung innerhalb der letzten 12 Monate näherungsweise ermittelt. Die Angaben dazu können zur Beschreibung der Entwicklung von Kriminalität als Ganzes (nicht jedoch auf der Ebene seltener Delikte wie Raub, Körperverletzung oder Einbruch) herangezogen werden. In der frühesten Umfrage der Serie, im Jahr 1998, gaben 35 % der Befragten an, Opfer geworden zu sein, in der neusten Umfrage von 2009 20 %.⁷ Der

Tabelle 3 : Zufriedenheit mit dem Schutz der Bürger vor Kriminalität im Zeitverlauf (in %)

	1998	2000	2004	2007	2009
Sehr zufrieden	*	2	2	4	3
Zufrieden	19	24	26	32	35
Teils-teils	38	37	37	41	41
Unzufrieden	30	27	24	18	15
Überhaupt nicht zufrieden	13	10	12	5	5
	100	100	100	100	100
(N=)	(1046)	(1075)	(1044)	(721)	(1107)

* < 0,5%

Frageformulierung: „Wie zufrieden sind Sie in Düsseldorf mit ... Schutz der Bürger vor Kriminalität?“. Antwortkategorien wie oben aufgeführt.

Rückgang der Viktimisierungs-Prävalenz ist allerdings kein geradliniger. Typisch für den Verlauf sind Schwankungen, die zusammengekommen zwar rückläufige Tendenzen anzeigen, aber zwischenzeitlich immer wieder auch Werte hervorbringen, die den Abwärtstrend durchbrechen (Reuband 2008b).

Inwiefern diese Schwankungen reale Veränderungen in der Kriminalitätsbelastung widerspiegeln oder methodisch bedingte Ursachen haben, ist schwer zu sagen. Gemessen an der polizeilichen Kriminalstatistik lässt sich zeigen, dass zum Teil durchaus Parallelen bestehen. So lag z.B. die Viktimisierungsrate im Jahr 2004 niedriger als im Jahr 2000 oder 2007. Gleiches dokumentiert die polizeiliche Kriminalstatistik. Alles in allem aber herrscht eher eine Divergenz als Übereinstimmung in den Entwicklungen vor. Entscheidend ist an dieser Stelle: Die Tatsache, dass die Viktimisierungsquote im Jahr 2009 niedriger liegt als 1998 relativiert die Aussagen der polizeilichen Kriminalstatistik über steigende Bedrohung. Nicht ein Anstieg, sondern ein Rückgang scheint den Kriminalitätsverlauf zu bestimmen.

Bedeutet dies, dass der Rückgang der Kriminalitätsfurcht womöglich doch Veränderungen in der objektiven Bedrohung widerspiegelt – nur mit dem Unterschied zur vorherigen Analyse, dass die objektive Bedrohung nun an der realen Viktimisierung und nicht an den Statistiken der polizeilichen Kriminalstatistik festgemacht wird? Wäre dies der Fall, müsste es einen engen Zusammenhang zwischen Viktimisierung und Kriminalitätsfurcht geben. Ähnlich wie dies schon andere Untersuchungen gezeigt haben (vgl. u.a. Boers 1991), bestimmt jedoch auch in unserer Untersuchung die eigene Kriminalitätserfahrung nur schwach die Kriminalitätsfurcht. So korreliert z.B. in der Untersuchung von 1998 die eigene Opfererfahrung mit der Sorge, dass man abends allein nicht mehr auf die Straße gehen könne, nur mit $r = .11$ ($p < 0,05$) und mit der Sorge, überfallen zu werden, mit $r = .09$ ($p < 0,05$).

Angesichts dieser schwachen Beziehungen ist es unwahrscheinlich, dass Änderungen in der Viktimisierungsquote nennenswerte Auswirkungen auf die Kriminalitätsfurcht auf der Makroebene haben. Entsprechende Berechnungen belegen dies in der Tat auch: hätte es im Jahr 1998 eine genauso hohe Viktimisierungsquote wie im Jahr 2009 gegeben (20 % statt 35 %), wäre die Sorge um die Sicherheit auf der Straße am Abend oder die Sorge um einen Überfall lediglich

zwei Prozentpunkte niedriger ausgefallen. Ähnlich schwach ist der Effekt bei der Sorge über die Zunahme der Kriminalität: auch hier würde sich lediglich eine Differenz von zwei Prozentpunkten ergeben – weitaus weniger als es dem realen Wandel entspricht.

IV. Kriminalitätsberichterstattung in den Massenmedien

Die persönlichen Erfahrungen mit Kriminalität sind zu selten, als dass die Bürger ein allgemeines Bild der Kriminalitätsentwicklung und Kriminalitätsbedrohung entwickeln könnten. Die Massenmedien sind eher in der Lage, zu einer derartigen Meinungsbildung beizutragen. Dementsprechend stellt sich hier die Frage, ob der Rückgang der Kriminalitätsfurcht womöglich die Folge eines Rückgangs in der Kriminalberichterstattung der Massenmedien ist. Einer eigenen Inhaltsanalyse Düsseldorfer Zeitungen zufolge lässt sich bei der am häufigsten in Düsseldorf gelesenen Tageszeitung, der „Rheinischen Post“, in den Erhebungsjahren 1998, 2000 und 2004 indes kein Rückgang analog zur Entwicklung der Kriminalitätsfurcht feststellen, sondern im Gegenteil ein Anstieg in der Zahl der Artikel über Kriminalität. Bei den übrigen Düsseldorfer Lokalzeitungen findet sich kein entsprechender Trend, die Zahlen schwanken, ohne eine bestimmte Richtung einzuschlagen. Da die „Rheinische Post“ jedoch am häufigsten gelesen wird, ist unter Rezeptionsbedingungen die Berichterstattung der Rheinischen Post diejenige, die das mediale wahrgenommene Meinungsklima bestimmt (Reuband 2007).

Wie sich die Verhältnisse in der Berichterstattung seit 2004 verändert haben, ist mangels weiterer, vergleichbar angelegter Inhaltsanalysen nicht bekannt. Man kann jedoch ersatzweise über eine Auszählung von Schlüsselbegriffen im Rahmen einer Volltext-Suche in den Ausgaben der „Rheinischen Post“ zu Aussagen gelangen⁸. Dabei legen wir die Begriffe „Kriminalität, Straftaten“, „Raub, Raubüberfall“ und „Wohnungseinbruch, Einbrecher“ der Suchstrategie zugrunde. Das Vorkommen dieser Begriffe ist hier insofern von Bedeutung, als sich die Fragen zum Sicherheitsgefühl in unserer Studie primär auf diese Delikte beziehen.

Mit der Auszählung dieser Begrifflichkeiten wird natürlich nicht alles erfasst, was an Beiträgen mit Nennung von Raubüberfall und Einbruch publiziert wurde. In manchen Fällen mögen verwandte Begriffe zur

Anwendung kommen. Alle diese Begriffe hier in den Suchalgorithmus einzubeziehen, ist jedoch nicht unbedingt erforderlich. Die Begriffe stehen jeweils als *Indikator*, als Symptom, für eine Berichterstattung, in der Kriminalität erwähnt oder behandelt wird. Geht man davon aus, dass sich die *Relation* zwischen der Häufigkeit der Nutzung dieser Begriffe und der Zahl der Inhalte zu diesem Thema im Zeitverlauf nicht geändert hat, kann man zur Bestimmung der Trends (nicht zur Bestimmung der absoluten Häufigkeit derartiger Artikel) dieses Verfahren wählen.

Der Zeitvergleich erbringt, dass die Häufigkeit, mit der die Begriffe Kriminalität/Straftaten im Text der „Rheinischen Post“ genannt werden, von 2002 (dem Beginn unserer Auszählung im Textarchiv) bis 2004 gestiegen und dann wieder gesunken ist. Der Anstieg betrifft in erster Linie den überregionalen Mantelteil der „Rheinischen Post“, weniger den Düsseldorfer Lokalteil. Im Lokalteil setzt der Rückgang zudem etwas früher – im Jahr 2003 – ein. Alles in allem halbiert sich die Zahl der Artikel, in denen die Begriffe vorkommen zwischen 2004 und 2009 (Rückgang der Gesamtzahl von 554 auf 263).

Im Gegensatz dazu erweist sich die Zahl der Artikel, in denen die Begriffe „Raub“ oder „Raubüberfall“ vorkommen, als weitgehend stabil. Die Zahl der Nennungen liegt 2002 auf dem gleichen Niveau wie 2009 (225 bzw. 226). Die Jahre dazwischen sind durch Schwankungen in die eine oder andere Richtung gekennzeichnet, ohne einen erkennbaren Trend einzuschlagen. Nimmt man jedoch die Zahl der Artikel, in denen die Begriffe im Titel erscheinen, ist ein Anstieg erkennbar. Dieser betrifft in erster Linie den Lokalteil.⁹ Im Fall der Begriffe „Wohnungseinbruch“ bzw. „Einbrecher“ ist zwischen 2002 und 2007 weder ein kontinuierlicher Anstieg noch ein Rückgang erkennbar, in den Jahren 2008 und 2009 steigen die Zahlen dann leicht an. Legt man die Zahl der Artikel zugrunde, in denen die Begriffe im Titel enthalten sind, findet sich sogar schon früher eine Zunahme. Und diese ist – wie im Fall von Raub – besonders im Lokalteil der Zeitung ausgeprägt.¹⁰

Alles zusammengekommen ergibt sich ein Bild der Berichterstattung, das sowohl mit der Entwicklung der polizeilich registrierten Kriminalität¹¹ als auch mit der Entwicklung der Kriminalitätsfurcht nicht oder nur bedingt konform geht. So nimmt die Zahl der Beiträge, in denen von Kriminalität und

Straftaten die Rede ist, seit 2004 ab (auch im Lokalteil) – ähnlich wie in der bundesweiten polizeilichen Kriminalstatistik, aber konträr zur entsprechenden Kriminalstatistik für Düsseldorf. Im Fall des Einbruchs wird eine stabile, in den entsprechend betitelten Artikeln sogar eine steigende Bedrohung suggeriert. Aus der lokalen Polizeistatistik ist diese Entwicklung nicht ableitbar. In dieser gab es bis 2007 einen Rückgang, erst dann setzte ein erneuter Anstieg ein. Die Furcht der Bürger vor Einbruch zeichnete sich sogar von Anfang an durch einen kontinuierlichen Rückgang aus. Ebenfalls erweisen sich die Trends im Fall des Raubdelikts als inkongruent: die Zahl der Nennungen in der Zeitung ist stabil, die Zahl der Nennungen im Titel steigt gar an – doch die Furcht der Bürger sinkt.

Nun sind Tageszeitungen nur eine Quelle der Medienrezeption in der Bevölkerung, und diese hat seit längeren an Bedeutung verloren. Besonders was die überlokale Berichterstattung angeht und das Bild der Kriminalität, könnte das Fernsehen eine nicht minder bedeutsame Rolle einnehmen. Der Blick auf die Trends der Nutzung deutet einmal mehr eher in Richtung einer vermehrten Rezeption von Kriminalitätsmeldungen (fiktionaler und nichtfiktionaler Art) als auf einen Rückgang. Der Trend hin zur vermehrten Nutzung von privaten Fernsehsendern stellt hierbei den Schlüssel zum Verständnis der Entwicklung dar: denn Kriminalität nimmt in den privaten Sendern einen höheren Anteil ein als in den öffentlich-rechtlichen (vgl. Windzio und Kleinmann 2006).

V. Generalisierte Ängste und soziale Sorgen

Dass die Kriminalitätsfurcht mit generalisierten Ängsten und sozialen Sorgen korreliert ist, hat sich in mehreren Untersuchungen auf der Individualebene gezeigt. Man hat diesen Zusammenhang als Ausdruck von Generalisierungstendenzen gedeutet, denen zufolge die eigene Verunsicherung am Phänomen der Kriminalität festgemacht wird und dadurch einen konkreten Bezug gewinnt. Diese Deutung ist in der Literatur als Generalisierungs- bzw. Projektionsthese bezeichnet worden (vgl. u.a. Reuband 1999, 2010, Hirtenlehner 2006).

Dass auf der Individualebene ein enger Zusammenhang besteht, auch dann wenn im Rahmen multivariater Analysen eine Vielzahl von Kontrollvariablen einbezogen ist, steht außer Zweifel. Unklar jedoch ist, wie

sehr Veränderungen in den Ängsten und Sorgen auch auf der *Makroebene*, auf der Ebene der Gesellschaft, einen Einfluss entfalten und das Niveau der Kriminalitätsfurcht maßgeblich zu bestimmen vermögen. Zwar ist es plausibel, dass Beziehungen auf der Individualebene Konsequenzen auf der Makroebene haben. Aber dies kann nur dann in nennenswertem Maße von Bedeutung sein, wenn die Zusammenhänge auf der Individualebene groß genug sind und keine anderen Einflüsse den Verlauf im Aggregat nachhaltiger bestimmen.

Die bisherigen Befunde, die Aussagen über den Zusammenhang von Unsicherheitsgefühlen und Kriminalitätsfurcht auf der Makroebene erlauben, sind bislang spärlich und in ihrer Aussagekraft nicht stringent genug. Die Tatsache, dass sich mit dem Zusammenbruch des DDR Systems Unsicherheitsgefühle unter den Ostdeutschen massiv ausbreiteten (vgl. u.a. Buhlmann 2000: 386) und parallel dazu die Furcht vor Kriminalität stieg, könnte ein Hinweis für die Bedeutung allgemeiner Verunsicherungen für die Entwicklung von Kriminalitätsfurcht auf der Makroebene sein (Reuband 1992c). Aber sicher ist ebenfalls, dass seinerzeit zusätzlich noch andere Faktoren – wie ver-

mehrte Berichterstattung über Kriminalität in den Medien (Reuband 2000b) – der Ausbreitung der Kriminalitätsfurcht der Ostdeutschen förderlich waren.

Weil im Fall der vorliegenden Studie die Indikatoren für Kriminalitätsfurcht und psychosoziale Lebenslagen Bestandteile der gleichen Erhebungen sind, können parallele Entwicklungen genauer erkannt und auf mögliche Zusammenhänge geprüft werden. Unter den Indikatoren für psychosoziale Lagen und Orientierungen interessiert dabei hier als erstes das Ausmaß des generalisierten Vertrauens in andere Menschen (erfragt über das Statement „Den meisten Menschen kann man vertrauen“). Es repräsentiert ein allgemeines Grundvertrauen in fremde Menschen und könnte in dieser Weise auch die Wahrnehmung von Kriminalitätsbedrohung beeinflussen (vgl. u.a. Walklate 1998, Uslaner 2002: 109).

Als zweites ist das Ausmaß an Anomie von Interesse, verstanden als allgemeine Verunsicherung. Sie wird gemessen über die Aussagen „So wie die Zukunft aussieht, kann man es kaum noch verantworten, Kinder auf die Welt zu bringen“, „In diesen Tagen ist alles so unsicher geworden, dass man auf alles ge-

Tabelle 4: Psychosoziale Befindlichkeiten im Zeitverlauf (in %)

	1998	2000	2004	2007	2009
Eigene wirtschaftliche Lage „sehr gut/gut“ ⁽¹⁾	51	62	45	52	56
Zukünftige eigene wirtschaftliche Lage „wesentlich/etwas besser“ ⁽²⁾	21	24	19	18	21
Vertrauen in Menschen „voll und ganz/eher“ ⁽³⁾	39	48	42	50	52
Sorge Arbeitslosigkeit „sehr stark/stark“ ⁽⁴⁾	25	17	30	18	19
Sorge Wohnungskündigung „sehr stark/stark“ ⁽⁵⁾	6	5	7	–	5
Sorge Renten „sehr stark/stark“ ⁽⁶⁾	59	–	73	–	–
Zukunft Kinder negativ „voll und ganz/eher“ ⁽⁷⁾	55	–	41	32	31
Unsichere Welt „voll und ganz/eher“ ⁽⁸⁾	58	–	66	55	57
Leben kompliziert „voll und ganz/eher“ ⁽⁹⁾	21	–	25	18	17

– nicht erhoben

Frageformulierungen: (1) „Wie beurteilen Sie Ihre eigene wirtschaftliche Lage? Sehr gut, Gut, Teils-teils, Schlecht, Sehr schlecht. (2) Was glauben Sie, wie wird Ihre eigene wirtschaftliche Lage in einem Jahr sein? Wesentlich besser, Etwas besser, Gleich, Etwas schlechte, Wesentlich schlechte (3) Den meisten Menschen kann man vertrauen (4) Ich mache mir Sorgen, dass ich arbeitslos werde/bleibe (5) ... Sorgen, dass mir meine Wohnung gekündigt wird. (6) ... dass die Renten nicht mehr sicher sind (7) So wie die Zukunft aussieht, kann man es kaum noch verantworten, Kinder auf die Welt zu bringen (8) In diesen Tagen ist alles so unsicher geworden, dass man auf alles gefasst sein muss. (9) Das Leben ist heute so kompliziert geworden, dass ich mich fast nicht mehr zurecht finde.“

Antwortkategorien: (4-6) Sehr stark, Stark, Mittel, Wenig, Überhaupt nicht (7-9): Stimme voll und ganz zu, Stimme eher zu, Stimme eher nicht zu, Stimme überhaupt nicht zu.

fasst sein muss“ sowie: „Das Leben ist heute so kompliziert geworden, dass ich mich fast nicht zurecht finde“. Damit zusammenhängend interessiert drittens das Ausmaß sozialer und wirtschaftlicher Sorgen – im Hinblick auf die eigene wirtschaftliche Lage und sonstige Gefährdungen der eigenen sozialen Lage. Einige Autoren glauben, dass besonders die sozialen und ökonomischen Sorgen die Kriminalitätsfurcht prägen und aus dieser Sicht die beste Prävention der Kriminalitätsfurcht eine gute Sozialpolitik sei (vgl. Hirtenlehner 2006).

Was erbringt der Trendvergleich? Wie man *Tabelle 4* entnehmen kann, zeichnet sich seit Beginn der Beobachtungsperiode ein Anstieg des generalisierten Vertrauens ab: 1998 waren nur 39 % der Befragten der Meinung, dass man den meisten Menschen vertrauen könne, am Ende der Zeitreihe im Jahr 2009 waren es 52 %. Die Befragten in Düsseldorf scheinen in dieser Hinsicht im Übrigen keinen Sonderfall darzustellen, ein vergleichbarer Trend hat sich auch anderswo in Deutschland vollzogen, die Bundesbürger haben allgemein ihr Vertrauen in andere Menschen erhöht (Köcher 2009). Dies ist, gemessen an Veränderungen in anderen Ländern, ein durchaus bemerkenswerter Befund. So sind z.B. in den USA seit langem die Vertrauenswerte gesunken (Putnam 2000).

In Bezug auf die Anomie lässt sich lediglich bei einem der drei Indikatoren ein Trend erkennen, der durch einen kontinuierlichen Rückgang gekennzeichnet ist. Dass die Zukunft so unsicher sei, dass man besser auf Kinder verzichten solle, wird seltener bejaht als früher. Kein eindeutiger Trend zeichnet sich hingegen bei den anderen beiden Indikatoren für Anomie ab: dem Gefühl, dass heutzutage alles so unsicher sei bzw. man sich nicht mehr zurechtfinde. Die höchsten Zustimmungsraten finden sich hier nicht zu Beginn der Zeitreihe, sondern in der Mitte, im Jahr 2000.

Bezüglich der Einschätzung der wirtschaftlichen Lage ist ebenfalls kein Trend erkennbar, der als kontinuierliche Verbesserung der subjektiven Lebenssituation und Abnahme wirtschaftlicher Sorgen gewertet werden kann. Gemessen an der Einschätzung der zukünftigen wirtschaftlichen Lage und der Sorge um eigene Arbeitslosigkeit gibt es einen erhöhten Wert im Jahr 2004, nicht aber im Jahr 1998 – dem Ausgangspunkt der Zeitreihe. Das Jahr 2004 ist bemerkenswerterweise auch das Jahr, in dem die allgemeine Verunsicherung – gemessen am zweiten und dritten Anomieindikator – den höch-

sten Wert erreicht. Dies könnte bedeuten, dass die Schwankungen in der Anomie maßgeblich durch die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage mitbestimmt werden. Und entsprechende Analysen bestätigen dies.¹²

Bezüglich der Sorge um eine Wohnungskündigung liegt der Anteil derer, die sich „sehr stark“ oder „stark“ beunruhigt fühlen, 2009 nur unmerklich niedriger als 1998 (und ist ohnehin verschwindend gering): der Anteil beläuft sich auf 5 %, früher waren es 6 %. Würde man diejenigen zum Maßstab machen, die sich „überhaupt nicht“ sorgen, würde man für 2009 zwar etwas größere Differenzen zu den Jahren zuvor erhalten¹³, aber auch hier ist kein kontinuierlicher Trend ersichtlich, der parallel zum Rückgang der Kriminalitätsfurcht verläuft. Zusammengenommen spricht damit wenig dafür, dass ein Abbau generalisierter Ängste und sozialer Sorgen zum Rückgang der Kriminalitätsfurcht beigetragen hat.

VI. Schlussbemerkungen

Was bleibt als Fazit? Die „objektive“ Bedrohung, wie sie in der polizeilichen Kriminalstatistik ausgewiesen ist, schlägt sich nicht notwendigerweise in einer analogen subjektiven Bedrohung der Bürger nieder. Obwohl die polizeilich registrierte Kriminalität gestiegen ist und Düsseldorf eine der höchsten Kriminalitätsbelastungsraten in der Bundesrepublik aufweist, ist die Kriminalitätsfurcht dort seit Ende der 1990er Jahre gesunken.

Dass die „objektive“ und subjektive Bedrohung im Trendverlauf auseinanderfallen können, ist als Befund nicht völlig neu, dies hatte sich früher schon in anderem, nationalen und ländervergleichenden Zusammenhang gezeigt (Reuband 1992a, b). Nur bildete hier die Nation den Bezugspunkt und damit ein hohes Aggregationsniveau. Die Möglichkeit, dass sich die Situation auf der Ebene der einzelnen Orte anders darstellt und dies bei Aggregation verdeckt wird, ist nicht auszuschließen. Was für den Bürger zählt, ist primär der Lebensbereich, an dem er täglich teilhat. Und das ist gewöhnlich der Ort, in dem er lebt. Umso bedeutsamer ist es, dass sich in unserer Lokalstudie ebenfalls ein fehlender Zusammenhang zwischen „objektiver“ und subjektiver Bedrohung zeigt.¹⁴

Der zweite wichtigste Befund unserer Analyse ist: die Entwicklung der Kriminalitätsfurcht lässt sich auch nicht durch die Verbreitung von Viktimisierungserfahrung

erklären. Die eigene Betroffenheit ist zu selten und in ihren Auswirkungen zu schwach, um maßgeblich die Kriminalitätsfurcht zu bestimmen. Des Weiteren ist drittens der fehlende Effekt der Medienberichterstattung bemerkenswert. Ob man die lokalen Zeitungen zugrundelegt oder das Fernsehen: bei allen deutet die Berichterstattung im Zeitverlauf eher auf einen Anstieg der vermittelten Bedrohung als auf einen Rückgang hin. So sehr es auch naheliegend sein mag, in den Massenmedien eine der wichtigsten Quellen für die Meinungsbildung zur Kriminalität zu sehen – die bloße Zahl der Meldungen allein, die tagtäglich erscheinen, ist offenbar nicht geeignet, die Entwicklung der Furcht maßgeblich zu bestimmen. Womöglich haben sich die Bürger an die Alltagsberichterstattung längst gewöhnt, und sie schreiben ihr keine besondere Aussagekraft zu (mit Ausnahme vielleicht von einzelnen Berichten, die sich der Thematik umfassend annehmen).

Als vierter wichtiger (und unerwarteter) Befund ist zu werten, dass sich die Entwicklung der Kriminalitätsfurcht nicht erklären lässt durch Veränderungen in den generalisierten Ängsten und sozialen Sorgen. Einzig das generalisierte Vertrauen unterlag einem parallelen Trend, aber genau diese Orientierung ist im Hinblick auf unsere Fragestellung zugleich die problematischste. Nicht nur dass ihr Effekt auf die Kriminalitätsfurcht recht gering ist¹⁵, auch die Kausalzuordnung ist mehrdeutiger als bei den anderen Einflussfaktoren. So könnte das Vertrauen nicht nur eine Ursache für Kriminalitätsfurcht, sondern auch dessen Folge sein: Wer überall eine Bedrohung wahrnimmt und sich vor Kriminalität fürchtet, wird auch häufiger geneigt sein, anderen Menschen zu misstrauen.¹⁶

Dass generalisierte Ängste, etwa in Form von Anomie, keinen Beitrag zur Entwicklung der Kriminalitätsfurcht im vorliegenden Fall leisten können, bedeutet nicht, dass sie ohne jegliche Bedeutung sind. Im Gegenteil haben sie sich in der Vergangenheit auf der individuellen Ebene als durchaus erklärungskräftig erwiesen. Die Frage ist nur, in welchem Umfang diese Ängste von Periodeneffekten abhängig sind (und damit zeitlichem Wandel unterliegen) und in welchem Umfang in sie auch Persönlichkeitseigenschaften mit eingehen. Je nach Zeitperiode, die der Beobachtung zugänglich ist, könnte es sein, dass der relative Stellenwert von Persönlichkeits- und Periodeneffekten variiert.

Womöglich stellen – wie früher schon vermutet (Reuband 1992a) – Gewöhnungsprozesse eine bessere Erklärungsmöglichkeit für den beschriebenen Rückgang von Kriminalitätsfurcht dar als die bisher betrachteten Variablen. Wie man aus Untersuchungen zu anderen Themen weiß, entwickeln Menschen oft Strategien, um mit Situationen der Bedrohung erfolgreich umzugehen (vgl. u.a. Lazarus 1991). Erwartungen und Ansprüche ändern sich zudem. Solange sich der Anstieg von Kriminalität in einer Gesellschaft in Grenzen hält, ist es daher denkbar, dass Gewöhnungsprozesse zu einer Konstanz oder gar zu einem Rückgang der Kriminalitätsfurcht führen.

Es gibt bislang leider keine Untersuchung, die den Stellenwert von Gewöhnungsprozessen näher bestimmt und Gewöhnungsprozesse im Einzelnen dargestellt hat. Dass Erwartungshaltungen aufgrund von Erfahrungen und Gewöhnung jedoch einen Einfluss auf die Wahrnehmung der Kriminalitätsbedrohung nehmen, dafür gibt es Indizien aus einer Untersuchung, in der die Reaktionen Dresdner Bürger auf die lokale Kriminalitätsslage ermittelt wurden: ihr zufolge waren die zugezogenen Westdeutschen (die mit höheren Kriminalitätsraten vertraut waren als die Dresdner vor der Wende) stärker mit dem Schutz der Bürger vor Kriminalität zufrieden als die einheimischen Dresdner (Reuband 2002b).

Was den Abwärtstrend der Kriminalitätsfurcht angeht, so steht Düsseldorf nicht alleine: eine abnehmende Furcht der Bürger findet sich auch in anderen Städten, wie Frankfurt (Bürgeramt, Statistik und Wahlen 2011). Und sie findet sich auch im Bundesgebiet als Ganzes (Dittmann 2008, Reuband 2011). Nur liegt der Unterschied zu Düsseldorf darin, dass dort auch die polizeiliche Kriminalstatistik langfristig gesehen rückläufige Zahlen ausweist, eine Diskrepanz wie in Düsseldorf also nicht existiert. Die Tatsache, dass die Kriminalitätsfurcht allgemein in Deutschland rückläufig ist, weckt zugleich Zweifel an der These, die Kriminalitätsfurcht breite sich mit zunehmender Modernisierung aus (vgl. z.B. Hirtenlehner 2006). Desgleichen weckt sie Zweifel an der These (z.B. Windzio und Kleinmann 2004, Windzio et al. 2007), dass die im Lauf der Zeit stattgefundenen Verschiebung der Fernsehgewohnheiten zu privaten Fernsehsendern zu einer vermehrten Fehleinschätzung von Kriminalitätstrends und vermehrter Kriminalitätsfurcht in der Bevölkerung führt.

Fußnoten:

- 1 Wir haben – seinerzeit von Dresden aus – bereits 1997 eine Befragung in Düsseldorf mit Fragen zum Kriminalitätserleben durchgeführt. Es ist nicht ausgeschlossen, dass sich in dieser Erhebung die Düsseldorfer Befragten gegenüber den Dresdner Forschern in leicht überhöhter Weise positiv dargestellt haben (vgl. Reuband 2002c) – einschl. bei der Frage zur Kriminalitätsfurcht. Wir verzichteten an dieser Stelle daher darauf, die Erhebung mit einzubeziehen; die entsprechenden Angaben für 1997 finden sich im Kontext eines Langzeitvergleichs abgedruckt in Reuband (2008a).
- 2 Vertiefende Analysen erbringen, dass das Gefühl der Unsicherheit im öffentlichen Nahverkehr nicht unabhängig ist vom Gefühl der Unsicherheit in der Nachbarschaft ($r = .51$, $p < 0,001$). Es handelt sich zwar um getrennte Räumlichkeiten, in denen man sich bewegt, doch scheint die Beurteilung partiell der gleichen Perspektive zu unterliegen. Der Grund könnte darin liegen, dass ein Teil der Befragten allgemein ein erhöhtes Risiko in der Umwelt wahrnimmt, ungeachtet der tatsächlichen Risiken. Die Tatsache, dass Kriminalitätsfurcht auf individueller Ebene relativ stabile Züge im Zeitvergleich aufweist (Reuband 2010a), könnte ein Indiz dafür sein.
- 3 Das Ereignis fand am 12. September 2009 statt. Unsere Erhebung begann einige wenige Tage später.
- 4 Wir verfügen für die Zeit 1998-2004 lediglich über eine Einschätzung des allgemeinen – von Befragten unabhängigen – Risikos, überfallen zu werden, wenn man abends Bus oder Bahn fährt. Dieser Wert erwies sich in dieser Zeit als konstant (Reuband 2007).
- 5 Die Kriminalitätsfurcht wird hier über Indikatoren für affektive Kriminalitätsfurcht erfasst, wobei sowohl die personale als auch soziale Kriminalitätsfurcht Berücksichtigung findet. Zur Konzeptualisierung von Kriminalitätsfurcht und Formen der Operationalisierung vgl. Reuband (2008a).
- 6 Demgegenüber erbrachten frühere bundesweite Untersuchungen, die sich auf die Zeit der 60er und 70er Jahre bezogen, Hinweise auf einen überproportionalen Rückgang der auf die eigene Nachbarschaft bezogenen Furcht bei den Frauen (Reuband 1989). Inwieweit sich darin eine Wandel in dem Selbstbild der Frauen und eine reduzierte subjektive Vulnerabilität niederschlug oder andere methodenbedingte Einflüsse (etwa aufgrund des Sampling oder der verwendeten Indikatoren), sei dahingestellt.
- 7 Es wurde ähnlich vorgegangen wie in den früheren Analysen (Reuband 2008b): aufgeführt sind die Befragten, die sich auf die Frage hin als Opfer erwiesen und nicht bei der gleichen Frage ebenfalls die Antwortkategorie ankreuzten, innerhalb der letzten 12 Monate kein Opfer geworden zu sein. Letztgenannte werden den Nichtopfern zugerechnet. Sie überlasen offenbar zunächst den Hinweis, dass sich der Zeitraum auf die letzten 12 Monate bezog.
- 8 Die Recherche erfolgte im Online-Redaktionsarchiv der „Rheinischen Post“.
- 9 2002 lag die Gesamtzahl (Mantel- und Lokalteil) bei 13, 2004 war sie auf 24 angestiegen und lag 2008/2009 bei 40 und mehr (2008: 45, 2009: 40). Von den 40 Artikeln im Jahr 2009 entfielen 35 auf den Lokalteil.
- 10 Zwischen 2004 und 2009 stieg die Zahl der Artikel, in denen die Begriffe im Titel genannt wurden, insgesamt von 26 auf 82. Legt man lediglich den Lokalteil zugrunde, so stieg im gleichen Zeitraum die Zahl von 17 auf 53.
- 11 Ähnliche Divergenzen haben auch schon frühere Untersuchungen gezeigt, wobei hier der Pressestelle der Polizei eine bedeutsame Rol-

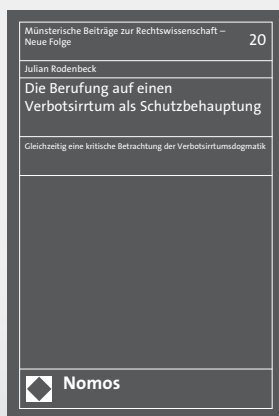
le als „Gatekeeper“ zukommt (vgl. Reuband 1998).

- 12 Eine entsprechende Analyse für die Düsseldorfer Erhebung von 2009 zeigt: auf die Anomie wirkt die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage, gemessen am standardisierten Regressionskoeffizienten, mit einem $\beta = .27$ ein ($p < 0,001$), die eigene zukünftige wirtschaftliche Lage mit $.14$ ($p < 0,001$), das Geschlecht $-.01$ (n.s.), Alter $.06$ (n.s.) und Bildung $-.32$ ($p < 0,001$). Die erklärte Varianz (R^2) liegt bei $.24$. In Bezug auf die Sorge, die Renten seien nicht sicher, verfügen wir leider nur über einzelne Zeitpunkte über entsprechende Daten. Es ist indes bemerkenswert, dass die Sorge um Rentensicherheit ebenfalls im Jahr 2004 einen recht hohen Wert erreicht.
- 13 1998 sind es 53 %, 2000 58 %, 2004 54 % und 2009 63 %, der Befragten, die von sich sagen, sich „überhaupt nicht“ zu sorgen.
- 14 Natürlich schließt dies nicht aus, dass sich der Zusammenhang bei noch kleinräumigeren Bezügen innerhalb einer Stadt – etwa auf der Ebene von Stadtvierteln oder Nachbarschaften auch anders darstellen könnte. Die Tatsache, dass in einigen Studien eine enge Beziehung zwischen Kriminalitätserfahrung und Kriminalitätsfurcht auf Stadtteilebene festgestellt werden konnte (Killias 2002: 406), ist dafür ein Hinweis. Ob das soziale Netzwerk in der Nachbarschaft, eine hohe Dichte interpersonaler Kommunikation oder eine Überschaubarkeit über das Geschehen in öffentlichen Räumen für die engere Beziehung verantwortlich ist, ist eine offene Frage.
- 15 In einem multivariaten Modell, das wir mit der Düsseldorfer Erhebung von 2009 rechneten (unter Kontrolle der Merkmale Geschlecht, Alter und Bildung), nimmt der standardisierte Regressionskoeffizient für Anomie einen Wert von $.27$ ($p < 0,001$) ein, der für generalisiertes Vertrauen jedoch nur von $-.06$ ($p < 0,05$). Die gegenwärtige eigene wirtschaftliche Lage weist einen Wert aus von $.09$ ($p < 0,01$) aus, die zukünftige (schlechtere) wirtschaftliche Lage von $.06$ ($p < 0,05$). Die Sorge, arbeitslos zu werden, ist mit einem Wert von $.08$ ($p < 0,05$) vertreten, die Sorge um Wohnungskündigung mit $.19$ ($p < 0,001$).
- 16 Vgl. dazu u.a. auch Salmi et al. (2007). Eine umgekehrte kausale Beziehung ist natürlich auch denkbar für Anomie: auch sie könnte teilweise Folge der Kriminalitätsfurcht sein und nicht nur – wie in der Generalisierungsthese – eine Determinante.

Literatur

- Boers, K. (1991): Kriminalitätsfurcht. Pfaffenweiler
 Bürgeramt, Statistik und Wahlen (2011): Sicherheitsgefühl in der Stadt. Ergebnisse der Frankfurter Bürgerbefragung vom Dezember 2010, in: statistik aktuell Nr. 1
 Buhlmann, T. (2000): Modernity and happiness. in: Journal of Happiness Studies, S. 375-400
 Bundeskriminalamt (1990ff.): Polizeiliche Kriminalstatistik 1990-2011. Wiesbaden
 Dittmann, J. (2008): Wahrnehmung und Bewertung der öffentlichen Sicherheit, in: Datenreport 2008. Bonn, S. 30-309
 Farall, S., J. Jackson und E. Gray (2009): Social order and the fear of crime in contemporary times. Oxford
 Hirtenlehner, H.: (2006): Kriminalitätsfurcht – Ausdruck generalisierter Ängste und schwindender Gewissheiten?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 58, S. 307-331
 Hirtenlehner, H. und S. Farrall (2012): Modernisierungsängste, lokale Irritation und Furcht

- vor Kriminalität., in: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, S. 93-114
- Killias, M. (2002): Grundriss der Kriminologie. Bern
- Köcher, R. (2009): Allensbacher Jahrbuch für Demoskopie 2003-2009. Berlin
- Kunz, K.L. (1983): Die Verbrechenfurcht als Gegenstand der Kriminologie und als Faktor der Kriminalpolitik, in: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, 66, S. 162-174
- Landeshauptstadt Düsseldorf (2011): Statistisches Jahrbuch 2010. Düsseldorf
- Lazarus, R. (1991): Emotion and adaption. New York
- Oberwittler, D. und T. Köllisch (2004): Nicht die Jugendgewalt, sondern deren polizeiliche Registrierung hat zugenommen, in: Neue Kriminalpolitik, S. 144-147
- Putnam, R. (2000): Bowling alone. New York
- Reuband, K.H. (1978): Die Polizeipressestelle als Vermittlungsinstanz zwischen Kriminalitätsgeschehen und Kriminalberichterstattung, in: Kriminologisches Journal, 3, S. 174-186
- Reuband, K.H. (1989): Die Kriminalitätsfurcht der Bundesbürger 1965-1987. Veränderungen unter dem Einfluss sich wandelnder Geschlechterrollen, in: Zeitschrift für Soziologie, 18, S. 470-476
- Reuband, K.H. (1992a): Objektive und subjektive Bedrohung durch Kriminalität. Ein Vergleich der Kriminalitätsfurcht in der Bundesrepublik Deutschland und den USA 1965-1990, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 44, S. 341-353
- Reuband, K.H. (1992b): Über das Streben nach Sicherheit und die Anfälligkeit der Bundesbürger für „Law and Order“-Kampagnen, in: Zeitschrift für Soziologie, 21, 1992, S. 139-147
- Reuband, K.H. (1992c): Kriminalitätsfurcht in Ost- und Westdeutschland., in: Soziale Probleme, 3, S. 211-219
- Reuband, K.H. (1994): Soziale Determinanten des Drogengebrauchs. Opladen: Westdeutscher Verlag
- Reuband, K.H. (1999): Kriminalitätsfurcht. Stabilität und Wandel, in: Neue Kriminalpolitik. Forum für Praxis, Politik und Wissenschaft, 11, Heft 2, S. 15-20
- Reuband, K.H. (2000a): Der Standardindikator zur Messung der Kriminalitätsfurcht., in: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, 83, S. 185-195
- Reuband, K.H. (2000b): Kriminalität als Thema ostdeutscher Massenmedien vor und nach der Wende., in: Kriminologisches Journal, 32, S. 43-55
- Reuband, K.H. (2001): Kriminalität, Kriminalitätsfurcht und die Rolle der Medien., in: U.Cassani, R. Maag und M.A. Niggli, Hrsg., Medien, Kriminalität und Justiz. Chur und Zürich: Rüegger, S.161-183
- Reuband, K.H. (2002a): Mail and telephone surveys, in: J. Blasius, J. Hox, E. de Leeuw und P. Schmidt, Hrsg., Social science methodology in the new millenium [CD-Rom]. Opladen: Leske und Budrich: P021403
- Reuband, K.H. (2002b): Veränderungen in den lokalen Lebensbedingungen Ostdeutschlands und ihre Widerspiegelung im Zufriedenheitsniveau der Bürger, in: Raumforschung und Raumordnung, 60, Heft 5/6, S. 319-333
- Reuband, K.H. (2002c): Städtische Lebensqualität im Urteil der Bürger, in: G. Kaiser, Hrsg., Jahrbuch der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf 2001. Düsseldorf, S. 279-288
- Reuband, K.H. (2007): Steigende Kriminalitätsbedrohung, Medienberichterstattung und Kriminalitätsfurcht der Bürger, in: H. Hess, L. Ostermeier und B. Paul, Hrsg., Kontrollkulturen. Texte zur Kriminalpolitik, Kriminologisches Journal, 39, 9. Beiheft, S. 71-86
- Reuband, K.H. (2008a): Kriminalitätsfurcht: Erscheinungsformen, Trends und soziale Determinanten, in: H.-J., Lange, P. Ohly und J. Reichertz, Hrsg., Auf der Suche nach neuer Sicherheit. Wiesbaden, S. 233-251
- Reuband, K.H. (2008b): Sinkende Kriminalitätsfurcht in Zeiten steigender Kriminalitätsbedrohung?, in: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, 91, S. 416-442
- Reuband, K.H. (2010a): Subjektives Kriminalitätserleben im Kontext gesellschaftlicher Transformation., in: A. Groenemeyer, Hrsg., Wege der Sicherheitsgesellschaft. Wiesbaden, S.112-162
- Reuband, K.H. (2010b): Kriminalitätsfurcht im höheren Lebensalter, in: B. Frevel und R. Bredthauer, Hrsg., Empirische Polizeiforschung XII: Demografischer Wandel und Polizei. Frankfurt, S. 148-181
- Reuband, K.H. (2011): Changing punitiveness in the German population?, in: H. Kury und E. Shea, Hrsg., Punitivity. International development. Vol. 2: Bochum, S. 131-163
- Salmi, V., M. Smolej und A. Kivivuori (2007): Crime victimization, exposure to crime news and social trust among adolescents, in: Young. Nordic Journal of Youth Research, 15, S. 255-272
- Sessar, K. (1997): Die Angst des Bürgers vor Verbrechen – was steckt eigentlich dahinter? In: H. Janssen und F. Peters, Hrsg., Kriminologie für Soziale Arbeit. Münster, S. 118-138
- Uslaner, E. (2002): The moral foundation of trust. New York
- Walklate, S. (1998): Crime and community: Fear or Trust?, in: British Journal of Sociology, 49, S. 550-569
- Windzio, M. und M. Kleinmann (2006): Die kriminelle Gesellschaft als mediale Konstruktion?, in: Soziale Welt, 57, S. 193-215



Die Berufung auf einen Verbotsirrtum als Schutzbehauptung Gleichzeitig eine kritische Betrachtung der Verbotsirrtumsdogmatik

Von Dr. Julian Rodenbeck

2012, 263 S., brosch., 64,- €

ISBN 978-3-8329-7993-5

(Münsterische Beiträge zur Rechtswissenschaft – Neue Folge, Bd. 20)

Das Werk enthält eine Auseinandersetzung mit einem besonderen Problem bei Verbotsirrtümern: Da unvermeidbare Verbotsirrtümer zur Straflosigkeit führen, stellt sich die Frage nach Möglichkeiten der Absicherung vor Strafverfolgung durch die Inauftraggabe von Rechtsgutachten. Bedenklich wird eine solche Absicherung dann, wenn die Gutachter nicht mit der gebotenen Objektivität arbeiten.

Weitere Informationen: www.nomos-shop.de/19992



Nomos